

Erscheint in: Jutta Ecarius; Carola Groppe; Hans Malmede (Hrsg.): Familie und öffentliche Erziehung. Theoretische Konzeptionen, historische und aktuelle Analysen. Wiesbaden 2008: VS-Verlag.

Meike Sophia Baader

Öffentliche Kleinkinderziehung in Deutschland im Fokus des Politischen. Von den Kindergärten 1848 zu den Kinderläden in der 68er Bewegung

1. Einleitung

Anders als die Schule, die sich historisch im Verlaufe der Moderne zunehmend durchgesetzt hat und in Deutschland etwa um 1900 flächendeckend eingeführt war, stand und steht bis heute die öffentliche Kleinkinderziehung in Deutschland wesentlich stärker im Fokus des Politischen. Zwar ist auch die Schule immer wieder Gegenstand bildungspolitischer Kontroversen, aber dabei geht es um curriculare Inhalte und Schulformen, nicht um ihre grundsätzliche Existenz. Diese ist in der westlichen und europäischen Moderne als zentrale Institution zur Weitergabe fundamentaler Kulturtechniken, zur Erlangung formaler Bildungsabschlüsse sowie für die Hervorbringung eines „modernen Selbst“ weitgehend akzeptiert, von der Homeschool-Bewegung sowie sporadisch auftauchenden Diskussionen um „Entschulung“ – so beispielsweise in der aktuellen Diskussionen um „Entschulung in der Adoleszenz“ (Hentig 2006) – einmal abgesehen.

Der Grund dafür, dass öffentliche Einrichtungen des Vorschulbereiches in Deutschland immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen waren und sind, hängt unmittelbar mit der Frage nach dem Selbstverständnis von Familie und von Kindheit, und – aufs engste damit verbunden – mit dem Geschlechterverhältnis, das heißt mit der Rolle der Frauen und Mütter zusammen. Dieser Zusammenhang zwischen Familie, Frauenrolle, Kindheit, Öffentlichkeit und Privatheit soll im folgenden Beitrag anhand verschiedener historischer Etappen nachgezeichnet, insbesondere jedoch am Beispiel der Kinderladenbewegung in den Blick genommen werden.

2. Kindergärten im Kontext der Revolutionen von 1848/49

Das Fröbelsche Konzept zur Einrichtung so genannter Kindergärten ist wesentlich in den 1840er Jahren entstanden und hat vor allem im Umfeld der Revolutionen von 1848/49 breite Unterstützung bei Demokraten und Revolutionären gefunden. Diese haben in Deutschland der Idee sowie der Realisierung des Kindergartens zu ihrem eigentlichen Durchbruch verholfen – wenn auch zunächst nur von kurzer Dauer. Allein im Jahre 1848 wurden etwa 44 Kindergärten neu gegründet (Allen 1989: 28). Demokratische Lehrerorganisationen haben die Kindergärten als Einrichtungen „der öffentlichen Kleinkinderziehung“ 1848 zur untersten Stufe eines nationalen Bildungssystems erklärt und versucht, dieses Konzept bei der Frankfurter Nationalversammlung durchzusetzen (Heiland 1982: 115; Baader 1998: 212 f.).

Die Kindergärten waren zumeist vereinsförmig organisiert und wurden von bildungsbürgerlichen Kreisen unterstützt. Aus heutiger Sicht lassen sie sich als Selbsthilfeorganisationen beschreiben, die auf Initiativen bürgerlicher Eltern zurückgingen. Fröbel selbst allerdings hatte sie als Einrichtungen begründet, die insbesondere für die Kinder von Arbeiterinnen gedacht waren. Sie seien, so Fröbel, vor allem für die Kinder derjenigen Mütter gedacht, die „einem Beruf und Erwerb nachgehen müssten“ (Fröbel 1982: S. 176). Anders als die bis dahin existierenden Bewahranstalten waren seine Einrichtungen konfessionsübergreifend, was zur Folge hatte, dass nicht wenige Kinder aus jüdischen Familien in die Kindergärten geschickt wurden (Baader 1998: 207, 220). Besonders unterstützt wurden sie zudem von den so genannten freien, das heißt konfessionell ungebundenen Gemeinden (Paletschek 1990), so dass die Zusammensetzung der Kindergartenvereine insbesondere aus Freireligiösen und Juden bestand (Baader 1998: 220). Mit diesem Umstand wurde dann das Verbot der Kindergärten in Preußen im Jahre 1851 unter anderem begründet (Baader 1998). Sowohl dieses konfessionsüber- als auch das schichtenübergreifende Konzept der Kindergärten führte zu ihrer Unterstützung durch Revolutionäre und Demokraten im Umfeld von 1848.

Nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848/49 richteten sich die Hoffnungen ehemaliger Aktivisten verstärkt auf die öffentliche Kleinkinderziehung in den Kindergärten. Diese sollte zu Freiheit und Selbstbestimmung führen und die Erziehung der kleinen Kinder nicht mehr ausschließlich den Familien überlassen. Durch die Kindergärten hoffte man den freien und „neuen Menschen“ zu erziehen, der dann die „neue Gesellschaft“ verkörpern oder hervorbringen würde, die auf dem Wege der Revolution nicht zustande gekommen war.

Freiheit, so der ehemalige Revolutionär Ludwig Storch, sei auch eine Sache der Erziehung und müsse bei den kleinen Kindern anfangen. Die Kindergärten bezeichnete er als „ächte Pflanzschulen“ einer demokratischen Zukunft (Storch 1850: 1; Baader 1998: 215 f.). Theodor Hielscher, gleichfalls ein ehemaliger Revolutionär und Barrikadenkämpfer, der sich für die Kindergärten engagierte, betonte, dass es nach den „destructiven“ Kämpfen wohlthuend sei, nun etwas Konstruktives zu tun und keine eingebilddete, sondern eine konkrete Utopie zu verfolgen (Hielscher 1850; Baader 1998: 216). Und ein weiterer ehemaliger Barrikadenkämpfer, Rudolf Benfey, formulierte:

„Ich ziehe mich immer mehr von der Politik zurück und wende mich der Kinderwelt zu (...). Glaube aber nicht, dass ich mich von dem Wirken für den Fortschritt darum ausschließe. Im Gegenteil: ich wirke hier zwar im kleinen Kreis, aber nichts desto weniger fördernd für die Sache der Freiheit.“ (Benfey 1850: 14)

Benfey geht sogar so weit zu fragen, ob das Engagement für die Kindergärten nicht der effektivere Weg zur Freiheit sei (Benfey 1850: 14).

Häufig wurde die pädagogische Praxis in den Kindergärten von den Ehefrauen der Revolutionäre betrieben, während die Männer die Einrichtung nach außen hin vertraten (Baader 1998: 217 f.). Damit ist die öffentliche Kleinkinderziehung selbst noch einmal entlang der Differenz von Öffentlichkeit und Haus strukturiert. Auch die Frauenbewegung um Louise Otto Peters unterstützte die Kindergärten. In der von ihr herausgegebenen Frauenzeitung wurde 1849 vertreten, dass die Kindererziehung der spezifisch weibliche Beitrag zur Revolution sei. Sie werde zudem „sicherer als Revolutionen zu einem besseren Zustand der Gesellschaft“ verhelfen (Küstner 1979: 124). Bekanntlich war der Beruf der Kindergärtnerin einer der ersten Berufe für bürgerliche Frauen im sozialen Bereich, den sich bürgerliche Frauen und die Frauenbewegung unter Berufung auf die Idee der „sozialen Mütterlichkeit“ erschlossen (Allen 2000). Bei der Begründung für das Verbot von Kindergärten 1851 in Preußen spielte die Tatsache, dass Kindergärten von Frauen geleitet wurden durchaus eine Rolle (Baader 1998).

Im Fokus des Politischen standen die Kindergärten – gleichermaßen auf Seiten der Obrigkeit wie von Demokraten und Revolutionären – aufgrund ihres stände- und konfessionsübergreifenden Konzeptes sowie aufgrund der Beteiligung von Frauen. Die Unterstützer sahen in den Kindergärten einen Weg, zu Freiheit und Selbstbestimmung zu erziehen und damit Gesellschaftsreform über Erziehungsreform zu betreiben. Absetzen und unterscheiden wollte man sich dabei von den traditionellen, konfessionell ausgerichteten Kinderbewahranstalten. Der zeitweilige Mitstreiter von Marx und Engels, Arnold Ruge, veröffentlichte 1849 eine Schrift „Die Gründung der Demokratie in Deutschland“, in der er die Demokratie wesentlich von einer demokratischen Familie, der Gleichstellung der Frau sowie der „Selbständigkeit der Kinder“ abhängig machte (Ruge 1849: 48 f.). Auch in der Frauenzeitung von Louise Otto nimmt die „Reform der Familie“ als spezifisch politisches Thema der Frauen, das die „Grundreform“ für alle anderen Reformen, etwa die der Staatsverfassung, der Demokratie etc., darstelle, einen wichtigen Raum ein (Georgine 1849: 127-1339).

In dieser Perspektive wird eine demokratisch organisierte Familie, die auf der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Anerkennung der Rechte von Kindern basiert, zur Basis für die Demokratie als politisches System.

3. Kontinuitäten der Skepsis gegenüber öffentlicher Kleinkindbetreuung in Deutschland

Das Verbot wurde in Deutschland 1861 aufgehoben, aber die Geschichte des öffentlichen Vorbehaltes gegenüber den Kindergärten dauerte an. Dies spiegelt sich insbesondere auch in deutschen „Geschichten der Pädagogik“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die in der öffentlichen Kleinkinderziehung eine Bedrohung für die Grundlegung der Sitten im Staat sahen (Baader 2007). Diese könne – unter Berufung auf Luther – nur durch ein geordnetes Familienregiment erfolgen, so etwa von Raumer 1857. Dazu sei es jedoch unabdingbar, dass die Mütter in den Familien für die kleinen Kinder verantwortlich seien, so wie Pestalozzi dies in „Lienhard und Gertrud“ gezeigt habe (von Raumer 1857, Bd. II: 450-537). Betont wird die Bedeutung der „heilige[n] Familienwohnstube“ als Ort für den ersten Elementarunterricht durch die Mütter (von Raumer 1857, Bd. II: 11). Auch in dieser Argumentation wird ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Familie und Staat hergestellt; allerdings liegt der Familie dabei eine andere Geschlechterordnung zugrunde als bei Arnold Ruges Überlegungen zum Zusammenhang von Familie und Demokratie. Der Zankapfel, über den hier gestritten wird, ist – bei genauerem Hinsehen – die Geschlechterordnung der bürgerlichen Familie sowie der Ort der Kleinkinderziehung. Um pädagogische Prinzipien im Umgang mit den kleinen Kindern geht es dabei kaum. Eine öffentliche Betreuung von kleinen Kindern wird lediglich als Einrichtung der Fürsorge für Kinder aus armen Familien akzeptiert, bei denen die Mütter ihre Funktionen nicht übernehmen könnten, nicht aber als Bildungseinrichtung für Kinder aus bürgerlichen Familien. Deren Mütter sollten zu Hause bleiben und sich dort um die Kinder kümmern, so der mainstream deutscher „Geschichten der Pädagogik“ im Zeitraum von 1857-1933 (Baader 2006; Baader 2007b). Die Reserviertheit gegenüber einer institutionalisierten Kleinkinderbetreuung gründete also vor allem in dem Bestreben, die Geschlechterordnung der bürgerlichen Familien aufrecht zu erhalten. Dem Argument der Kritiker, dass die Kindergärten die Verschulung der Frühen Kindheit betreibe, hatten die Befürworter der Fröbelschen Kindergärten im Umfeld von 1848 entgegen, dass der Umstand, dass die Kindergärten in den Händen von Frauen seien, gerade der Verschulung entgegen wirke (Baader 1998: 216). Auch sie argumentierten also mit den so genannten

Geschlechtscharakteren und der Ordnung der Geschlechter, indem sie die den Frauen zugeschriebenen Fähigkeiten in die öffentliche Sphäre übertrugen. Damit verfolgten sie eine Strategie, die charakteristisch für die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland war (Allen 2000).

In anderen Ländern hingegen waren die Kindergärten, deren Konzept unter anderem durch Emigranten und Emigrantinnen verbreitet wurde, die Deutschland nach dem Scheitern der Revolutionen verlassen hatten, wesentlich erfolgreicher. Dies gilt etwa für die USA, aber auch für die Schweiz und England. Die unterschiedliche Akzeptanz und Durchsetzung der Kindergärten in Deutschland und in den USA verweisen – so Ann T. Allen – auf fundamentale Differenzen in beiden Ländern insbesondere bezüglich des Verständnisses von Öffentlichkeit und Privatheit, des Geschlechterverhältnisses sowie der Rolle der Kirchen (Allen 1989; Allen 1995).

In den USA wurden die Kindergärten bereits im 19. Jahrhundert als Einrichtungen zur Integration von Einwandererkindern – als way of „Making Citizens“ – entdeckt und in das Bildungssystem integriert. Dass dies in Deutschland nicht der Fall sei, wurde in US-amerikanischen „Geschichten der Pädagogik“ mit Erstaunen registriert. Sie feierten Fröbel als Helden einer modernen Pädagogik (Baader 2004; Baader 2007), der gesehen habe, dass die Familie allein nicht ausreichte (Fröbel 1888: viii). In deutschen Geschichten der Pädagogik hingegen hielt die Reserviertheit gegenüber Fröbels Konzept der Kindergärten bis zu Nohls „Die Pädagogik der deutschen Bewegung“ aus dem Jahre 1933 an. Stattdessen feierte man in den deutschen Geschichten den Helden Pestalozzi und sein Konzept der Familienerziehung und die Elementarerziehung als „Home Education“ durch die Mütter.

Bei der anhaltenden Skepsis gegenüber einer öffentlichen und staatlichen Kinderbetreuung im Rahmen des Bildungssystems spielen in Deutschland bis heute die Kirchen eine Rolle, die einen großen Anteil an den so genannten freien Trägern stellen. Im Kampf um den allmählichen Rückzug der Kirchen aus der Schulaufsicht, das heißt im Prozess der Säkularisierung von Schule, lautete der in der Weimarer Republik ausgehandelte Kompromiss: die Schule in die Hände des Staates, die Kleinkinderbetreuung in die Hände der Kirche. Damit bewahrten sich die Kirchen einen Zugriff auf die öffentliche Erziehung in der Frühen Kindheit. Diese Konstellation wurde auf der Reichsschulkonferenz von 1920 und dann im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 festgeschrieben, wonach die Kindergärten zu Einrichtungen der Fürsorge erklärt wurden. In dem entsprechenden Ausschuss zum „Kindergarten“ hatten die kirchlichen Vertreter die Mehrheit. Die sozialdemokratischen Vertreter lehnten den konfessionellen Kindergarten ab, argumentierten mit deren „Säkularisierung“ und wollten den Kindergarten als unterste Stufe einer Einheitsschule etablieren (Aden-Grossmann 2002: 57), so wie es die demokratischen Lehrerorganisationen bereits 1848 gefordert hatten. Die Politik der SPD wie der KPD zielten in der Weimarer Republik auf den Ausbau einer staatlichen Kleinkinderbetreuung (von Werder 1977: 14), deren Hintergrund die Erwerbstätigkeit der Arbeiterinnen war.

4. Die 50er und 60er Jahre – Systemkonkurrenz zwischen BRD und DDR in der Frage der öffentlichen Kinderbetreuung

Nach 1949 ging die DDR in der Frage der öffentlichen Kleinkindbetreuung andere Wege als die Bundesrepublik. Hier herrschte das Leitbild der berufstätigen Frau vor, das dem Ziel folgte, das vorhandene Humankapital möglichst umfassend für den Arbeitsmarkt auszuschöpfen. Frauen wurden in der DDR früher und umfassender als in anderen Ländern in den Arbeitsmarkt integriert.

„Die Entstehung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Verhältnissen, das Ziel, im Osten Deutschlands eine leistungsstarke Industrie aufzubauen und der permanente Mangel an Arbeitskräften gehören zu diesen Besonderheiten. Eine ihrer Folgen ist, dass das gesellschaftliche Netz zur Betreuung der Kinder in einem Umfang auf- und permanent ausgebaut und eine Sozialpolitik mit dem Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft entwickelt wurde, wie dies im internationalen Vergleich nur wenige Länder aufweisen können“ (Dölling 1991: 160).

Die Arbeitsmarktpolitik, die dem Motto folgte „Die Frau von heute steht im Beruf `ihren Mann`“ (Dölling 1991: 166), führte allerdings nicht dazu, dass die Ordnung der Zuständigkeit von Frauen für Haushalt und Familie infragegestellt wurde. Berufstätigkeit sowie die Verantwortung für Kinder und Haushalt führten zur entsprechenden Doppelbelastung der Frauen (Dölling 1991: 197).

Die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten – als ein besonderer Effekt des Kalten Krieges zwischen dem Westen und der Sowjetunion – wurde in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre insbesondere anhand der Themen Familie, weibliche Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung ausgetragen. Dabei spielte auch der Verweis auf den Nationalsozialismus eine Rolle. Während die DDR ihre kollektive Kinderbetreuung ausbaute und den Kindergarten in das öffentliche Bildungssystem integrierte, knüpfte die Bundesrepublik – genau wie mit der dreigliedrigen Struktur ihres allgemein bildenden Schulsystems – an die Weimarer Republik an. Der Kindergartenbereich wurde in der BRD – in der Weimarer Tradition des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes von 1922 – der Sozialfürsorge und nicht dem Bildungssystem zugeordnet. Erneut festgeschrieben wurde im Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961 auch die Rolle der Kirchen für die Kinderbetreuung. Die Kirchen legten in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit einen besonderen Akzent auf Fragen der Familienpolitik. Ihr Einfluss auf die Sozialpolitik der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren war evident. Auf die Hinwendung der Kirchen zu Themen, die sich um Ehe, Familie und Sexualmoral drehten hat Dagmar Herzog hingewiesen (Herzog 2006). Sie sieht in dem

Versuch, sich in den 50er und 60er Jahren insbesondere über das Thema Sexualmoral zu profilieren, das unmittelbar mit der Familie verknüpft ist, eine Strategie der Ablenkung von der Involviertheit der Kirchen in den Nationalsozialismus (Herzog 2005).

In den 50er und 60er Jahren ließen beide deutsche Staaten keine Gelegenheit aus, ihre fundamentalen Differenzen in der Frage der weiblichen Erwerbstätigkeit und der Kinderbetreuung zu betonen, wie Ute Frevert hervorhebt. „Warfen westdeutsche Politiker und Kirchenvertreter der DDR vor, Frauen in die Berufssklaverei zu treiben und die Familie zu verstaatlichen, konterten DDR-Funktionäre mit dem Hinweis auf die Familiensklaverei westdeutscher Frauen“ (Frevert 2000: 647).

Obwohl Ende der 60er Jahre bereits 40 % aller Frauen erwerbstätig waren, zeichnete sich die Bundesrepublik durch eine sehr restriktive Kinderbetreuungspolitik aus (Frevert 2000: 650). Als im Wahlkampf 1969 die Parteien zu ihrer Frauenpolitik interviewt wurden und der ehemalige Kanzler Kurt Georg Kiesinger nach dem Ausbau von Kindergärten befragt wurde, wich er aus und verwies auf die Großeltern. In puncto Erwerbstätigkeit bemerkte er, dass die Frauen überlegen müssten, ob die Kinder dadurch nicht zu Schaden kämen. 70 % der bundesdeutschen Bevölkerung in den 60er Jahren waren davon überzeugt, dass Frauen nicht erwerbstätig sein sollten (Frevert 2000: 646). Dass die Pflichten der Frau in der Ehe in erster Linie in der Führung des Haushaltes und in der Betreuung der Kinder bestanden und ihre Berufstätigkeit nicht mit diesen Pflichten kollidieren dürfe, wurde im Familienrecht des BGB bis 1977 festgeschrieben. Dort hieß es: „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“ §1356 (1) BGB.

Dass die Konkurrenz der Systeme insbesondere in der Familienpolitik ausgetragen wurde, ging auch über die 60er und 70er Jahre hinaus. Schließlich ließ sich ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz von Kindern über drei Jahren in der Bundesrepublik erst nach der Vereinigung im Jahre 1991 durchsetzen.

Die ideologische Konfrontation zwischen den Familienpolitiken der beiden deutschen Staaten versuchte unlängst der Augsburger katholische Bischof Mixa noch einmal aufleben zu lassen, als er im Rahmen der aktuellen Diskussion um einen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren erklärte, dieses Projekt folge der „Ideologie der staatlichen Fremdbetreuung in der DDR“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.02.07: 1).

5. Motive für die Gründung von Kinderläden im Kontext der Bewegung von 68

Der geringe Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung in der Bundesrepublik ist ein Ausgangspunkt für die Gründung von Kinderläden. So gingen in den 60er Jahren lediglich etwa 33 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren in Kindergärten (Aden-Grossmann 2002: 129), die – in der Tradition der Sozialfürsorgeeinrichtung – eher für Kinder aus Arbeiterfamilien gedacht waren, nicht für Kinder aus bürgerlichen Familien. Vor diesem Hintergrund war es bereits ein Bruch, dass in der Kinderladenbewegung Frauen akademisch-bürgerlicher Herkunft eine öffentliche Kinderbetreuung beanspruchten. Die existierenden Kindergartenplätze waren ein knappes Gut, Plätze gab es nicht oder kaum (Rang 2007: 86). Im Jahre 1966 standen in Berlin etwa 30.000 vorhandenen Kindergartenplätzen 20.000 Kinder auf Wartelisten gegenüber (Berliner Kinderläden 1970: 20). Die Überbelegung der existierenden Kindergärten – jedenfalls in Großstädten wie Berlin – wird in den Dokumenten der Kinderladenbewegung mehrfach betont (Berndt 1995; Bookhagen et al. 1969). Tatsächlich bemerkte der Deutsche Bildungsrat 1970, dass auf eine Erzieherin 52 Kinder kämen (Bildungskommission 1970: 105). Außerdem waren die Kinderladengründer mit den in den herkömmlichen Kindergärten praktizierten Erziehungsprinzipien nicht einverstanden. In ihren Augen schienen sie eine Erziehung zu autoritärer Unterwürfigkeit zu befördern, die sie vor dem Hintergrund der Diskussionen um den „autoritären Charakter“ und seine Faschismusanfälligkeit ablehnten. So betont etwa Helke Sander, eine der ersten Gründerinnen von Kinderläden in Berlin, dass Kinder in den Kindergärten festgebunden würden. Die Mitglieder der Kommune II, die für ihre beiden Kinder einen Kindergartenplatz suchten und dann in Berlin-Charlottenburg einen eigenen Kinderladen gründeten, beschrieben paramilitärische Praktiken sowie Schlaf- und Essenszwang (Berndt 1995; Bookhagen et al. 1969). Das Personal der 60er Jahre war fachlich nicht besonders qualifiziert, lediglich 45 % der Mitarbeiterinnen hatten eine abgeschlossene Ausbildung als Erzieherin. Schließlich galt der Kindergarten nicht als pädagogische Einrichtung mit Erziehungs- und Bildungsauftrag (Aden-Grossmann 2002: 129 f.).

Auch der Umstand, dass sich viele der Kindergärten in der Hand der Kirche befanden, wurde von den Kinderladengründern kritisch betrachtet. Lutz von Werder, einer der führenden Akteure der Berliner Kinderladenbewegung, bemerkte 1977: „Heute befinden sich 70 % der Kindergärten in den Händen freier Träger“. 90 % der nichtstaatlichen Kindergärten würden von der evangelischen und der katholischen Kirche geleitet (von Werder 1977: 14).

Die Motive für die Gründung von Kinderläden sind vielfältig. Am Anfang standen praktische Herausforderungen durch die Existenz von Kindern – also etwa die Vereinbarkeitsproblematik sowie die Frage, wie die eigenen Kinder zu erziehen seien. Die Gründungen von Kinderläden und Alternativschulen, so Negt, folgten nicht einer abstrakten politischen Programmatik, sondern der „Sorge um die eigenen Kinder“ (Negt 2001, S. 410).

Für die Frauen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, die sich im Januar 1968 zum „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“ zusammengeschlossen hatten und bei der Gründung der frühen Berliner Kinderläden federführend waren, stand weniger die Vereinbarkeit zwischen Erwerbstätigkeit und Kindern als vielmehr die zwischen politischem Engagement und Kinderbetreuung im Vordergrund.

Ein Initialereignis der Berliner Kinderladenbewegung war eine Initiative des aus sieben Frauen bestehenden „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“ auf dem Vietnamkongress in Berlin im Februar 1968. Während des Kongresses spielten etwa vierzig Kinder vor den Hörsälen der TU und wurden dort kollektiv betreut, da die Frauen es „müde“ gewesen seien,

„Zaungäste zu bleiben. Sie organisierten während des Kongresses und der Demonstration einen Kindergarten, in dem Eltern und freiwillige Helfer abwechselnd die Aufsicht übernahmen, so dass alle, die sonst wegen der Kinder zu Hause bleiben mussten, am Kongress teilnehmen konnten. [...] Zum ersten Mal machten die Eltern und besonders die Mütter die Erfahrung, dass ihre Familienprobleme nicht privat bleiben mussten“ (Berliner Kinderläden 1970: 34 f.).

Das Politikum an dieser Selbsthilfeinitiative war sowohl die Präsenz von spielenden Kindern bei politischen Aktionen als auch in den „heiligen Hallen“ der Wissenschaft. Von dieser ersten öffentlichen Aktion unter Beteiligung von Kindern im Februar 1968, die in der zeitgenössischen Literatur als „Geburtsstunde der Kinderläden“ bezeichnet wurde (Berliner Kinderläden 1970: 34 f.), gingen dann weitere Gründungen von Berliner Kinderläden aus. Im August 1968 wurde schließlich der „Zentralrat der Kinderläden“, ins Leben gerufen. Nach Ansicht der Autoren des 1971 erschienen Buches „Kinderläden. Revolution der Erziehung oder Erziehung zur Revolution“? erhielt die Kinderladenbewegung erst mit der Gründung des „Zentralrates der Kinderläden“ im August 1968 ein gemeinsames Dach. Erst da sei sie Teil der sozialistischen Bewegung geworden und habe damit zu ihrer politischen Aufgabe gefunden. Der Zentralrat habe da angefangen, wo der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen gescheitert sei (Breiteneicher et al. 1971: 36). Politisch ist die Kinderladenbewegung in dieser Perspektive also erst geworden, indem sie sozialistisch wurde. Erst dies habe eine Einheit der Bewegung garantiert.

In diesem Kommentar spiegeln sich einerseits Kontroversen um die Anfangsnarrationen der Kinderläden, die sich auch in anderen Quellen finden, insbesondere aber Konflikte um die Frage, was denn politisch sei.

6. Das Private ist politisch: Die Verknüpfung von Frauenbewegung und Kindererziehung

Vor dem Hintergrund der Feststellung, dass die Kinderläden erst in dem Moment den Status des Politischen erreicht hätten, als sie sozialistisch geworden seien, erhält die berühmte Formel, „das Private ist politisch“, die Helke Sander in ihrer Rede des „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“ auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 in Frankfurt prägte, noch einmal eine andere Bedeutung (Sander 2004). Die Rede wird in Geschichtsschreibung gerne als Anfangsdokument der zweiten Frauenbewegung gelesen. Unerwähnt aber bleibt, dass es dabei wesentlich um die Kindererziehung und die Kinderläden ging, und dass mit der Formel „das Private ist politisch“ der politische Charakter von Erziehungsarbeit betont wurde. Dieser – und das ist die Pointe des Textes – wird darin gesehen, dass bisher private Angelegenheiten wie die Kindererziehung und das private Verhältnis von Männern und Frauen öffentlich wird. Die Rede verweist darauf, dass es zwischen den Akteuren und Akteurinnen der Kinderladen- und Studentenbewegung eine Kontroverse – im Sinne von Rede und Gegenrede – um die Frage, was denn politisch sei, gab. Aus diesem Grund soll sie hier einer Re-Lektüre unterzogen werden.

Der Text unterstreicht die politische und öffentliche Dimension von Familienfragen, das heißt des Zusammenlebens von Frauen, Männern und Kindern. Damit rückt der Alltag des Geschlechter- und Generationenverhältnisses in den Fokus des Politischen. Die Trennung zwischen Privatleben und Politik, die Abtrennung und Tabuisierung eines bestimmten gesellschaftlichen Bereiches als „Privatleben“, das dazu beitrage, dass die spezifische Lage der Frauen nicht in den Blick gerate, attackiert die Rednerin auf das Schärfste (Sander 2004: 372). In Frage gestellt wird damit das Modell der bürgerlichen Familie. Frauen, die immer noch für das Privatleben und die Familie erzogen würden, könnten ihre Identität und Emanzipation nur erlangen, „wenn die ins Privatleben verdrängten gesellschaftlichen Konflikte artikuliert werden“ (Sander 2004: 373). Thematisiert wird das Problem der studierenden Frauen, – sie werden als Privilegierte bezeichnet, – die Kinder bekommen. „Wenn diese Privilegierten unter den Frauen nun Kinder bekommen, werden sie auf Verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer Emanzipation schon überwunden zu haben“ (Sander 2004: 373 f.).

Sander beschreibt in ihrem Text die Unvereinbarkeit von Berufstätigkeit einerseits mit einem Leben mit Kindern und der Rolle der „Frau fürs Haus“ und für den Konsum andererseits, die zugleich mit der geschlechtsspezifischen Rollen- und Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau verbunden sei. Diese werde schließlich beiden Geschlechtern durch die Gesellschaft auferlegt. Sie kritisiert in ihrer Rede auch den revolutionären, aggressiven Habitus der männlichen Genossen in ihrem Umgang untereinander. Den Männern wirft sie vor, dass sie jene Trennung von Politik und Privatleben gerade nicht in Frage stellen würden.

Als Sprecherin der Frauen im SDS geht Sander davon aus, dass „Frauen mit Kindern am schlechtesten dran“ seien, deshalb konzentrierte man sich in der Arbeit auf diese. Frauen mit Kindern könnten erst wieder über sich nachdenken, wenn die Qualität der Kindererziehung für sie befriedigend geregelt sei. Der Ausgangspunkt für die

Suche nach neuen Erziehungspraxen wird mit den Problemen von Frauen mit Kindern begründet. Da die politischen Frauen ein Interesse daran hätten, ihre Kinder nicht nach dem vorherrschenden Leistungsprinzip zu erziehen, würden die Frauen des Aktionsrates „den Anspruch der Gesellschaft, dass die Frau die Kinder zu erziehen hat, zum ersten Mal ernst nehmen“. Deshalb würden sie sich weigern, – und hier verwendet Sander die Terminologie von Herbert Marcuse – die Kinder „nach den Prinzipien des Konkurrenzkampfes und Leistungsprinzips“ zu erziehen. Die Konzentration auf die Erziehung der Kinder sei kein Alibi für die verdrängte eigene Emanzipation, sondern die Voraussetzung dafür, die eigenen Konflikte lösen zu können.

Sander verweist auf fünf existierende Kinderläden, darüber hinaus auf vier, die gerade im Prozess der Entstehung seien, und auf einige, die sich im organisatorischen Vorstadium befänden. Außerdem arbeite man am Modell für den FU-Kindergarten und organisiere Kindergärtnerinnen bzw. helfe diesen, sich selber zu organisieren. Der Zustrom sei so groß, dass er kaum zu verkraften sei. Es gehe darum, Methoden einer kollektiven Erziehung zu finden, die nicht nur den sowieso schon Privilegierten zugute kommt. Diese Methoden würden aber noch nicht existieren,

„darum können wir unsere Arbeit nicht dadurch gefährden, dass wir halbe Aktionen in Arbeitervierteln machen. Es sind besonders die Männer, die sich nach und nach bei uns eingefunden haben, die für eine schnellere Vermittlung nach außen in die Arbeiterschaft eintreten. Hier gibt es wieder zwei Probleme. Zum einen haben verschiedene Männer gesehen, dass plötzlich etwas gemacht wird, was eine Perspektive hat. Aufgrund ihrer gewandteren Formulierungen übernehmen sie [...] die Führung [...]. Sie tun so, als sei der Gedanke der Kinderläden ihre eigene Erfindung und sehen die politische Relevanz und sagen den Frauen, sie würden ihre Probleme verdrängen, wenn sie sich jetzt mit Erziehung beschäftigen. Der Versuch, möglichst schnell andere Bevölkerungsschichten mit unseren Kinderläden zu erfreuen, mag darauf zurückzuführen sein, dass die Männer sich nach wie vor weigern, ihre eigenen Konflikte zu artikulieren. Im Augenblick haben wir der Arbeiterschaft nichts zu bieten. Wir können nicht Arbeiterkinder in unsere Kinderläden nehmen, wo sie ein Verhalten lernen, für das sie zu Hause bestraft werden. Die Voraussetzungen dazu müssen für die Arbeiter erst geschaffen werden“ (Sander 2004: 376 f.).

Damit votiert Sander klar gegen eine politische Instrumentalisierung der Kinderläden und unterstreicht, dass diese im Gange ist. In ihrem Text steckt ein ganzes Erziehungsprogramm, bei dem Fragen der Erziehung unmittelbar mit Geschlechterfragen verknüpft werden, was jedoch in der Historiographie der Kinderläden nicht erwähnt wird (vgl. von Werder 1977). Hervorgehoben wird auch der enorme Zuspruch, den die Kinderläden erfahren, es werde „plötzlich etwas gemacht, was eine Perspektive hat“. Es scheint, als ob die Kinderladenbewegung zu einem Zeitpunkt, als die Bewegung schwächer wurde, eine Mobilisierungsfunktion übernommen hat.

Die breite Unterstützung – insbesondere aus einem bildungsbürgerlichen Milieu – wird in anderen Quellen ebenfalls erwähnt (Dermitzel 1969). Die Gegenmodelle einer öffentlichen Kinderbetreuung, so Sander, würden von einem akademischen Publikum getragen. In diesem Zusammenhang kritisiert sie die männlichen Genossen, die die Kinderläden zur politischen Agitationsarbeit im Arbeitermilieu missbrauchen würden. Die Wut auf die Männer des SDS, die in der Rezeptionsgeschichte des Textes immer wieder hervorgehoben wird, richtet sich sowohl dagegen, dass Fragen der Kindererziehung nicht ernst genommen werden als auch gegen die politische Instrumentalisierung. Die Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung wird von der Rednerin *nicht* grundsätzlich infragegestellt, attackiert wird hingegen das Modell der „Home Education“, der privaten, häuslichen Zuständigkeit.

Im Verlaufe des Textes formuliert Sander ein umfassendes Erziehungs- und Bildungsprogramm, das in fünf Punkte gefasst ist, und von denen der erste lautet, dass die Arbeit des Aktionsrates sich vorerst auf „Erziehungsfragen“ beschränke. Das Programm bezieht sich nicht nur auf den Vorschulbereich. Die Kinder, die in die Kinderläden gegangen seien, würden sich nicht mehr in die normalen Schulen fügen, die Eltern dieser Kinder würden die bestehenden Schulen nicht mehr hinnehmen. Die Kinderläden werden damit zu einem Ort der Utopie, zu einem Gegenmodell für eine neue Gesellschaft – im Rahmen der existierenden –, in der zum „neuen Menschen“ erzogen werden soll.

Angesprochen wird auch das Problem der Professionalisierung des Vorschulbereiches. Das expandierende Berufsfeld der Erzieher und Erzieherinnen könne zu einem zukünftigen Berufsfeld für Arbeiterinnen werden. Durch gute Ausbildungen könne so mit dem Problem der ungelerten Arbeiterinnen, das 90 % aller Arbeiterinnen betreffe, Schluss gemacht werden: „wir wissen, wir werden einen ungeheuren Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, an Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern haben“ (Sander 2004: 377). Vermutlich steht hinter diesen Vorschlägen ein Tagesmuttermodell, das Sander in Finnland bzw. in Skandinavien kennen gelernt hat.

Der Ausgangspunkt für die Suche nach Alternativen in der Kindererziehung war für die Frauen im antiautoritären Lager des SDS ein sehr konkreter, nämlich wie die eigenen Kinder zu erziehen seien. Dies wird auch in anderen Quellen bestätigt, etwa bei Monika Seifert, die 1967 in Frankfurt die erste Kinderschule gegründet hat. Monika Seifert, Tochter von Melitta und Alexander Mitscherlich und Mitarbeiterin im Frankfurter Institut für Sozialforschung, hatte mit ihrer kleinen Tochter in England gelebt und dort die Tradition der englischen „Infant Schools“ sowie Summerhill kennen gelernt. Nach Deutschland zurückgekehrt, habe sie sich nicht vorstellen können, ihre Kinder in einen normalen Kindergarten zu geben. In diesem Zusammenhang argumentiert auch sie mit den autoritären Charakterstrukturen, über die sie im Institut für Sozialforschung gearbeitet habe (Seifert 1970; Berndt 1995; Negt 2001: 299). Auch Helke Sander, die an der Gründung von Kinderläden maßgeblich beteiligt war, hat übrigens vorher mit ihrem Kind im Ausland gelebt, und zwar in Finnland (Berndt 1995).

Der zitierten Bemerkung, die Kinderläden seien erst dann politisch geworden, nachdem sie Teil einer sozialistischen Bewegung geworden seien (Breiteneicher et al. 1971: 36), ist also eine Kontroverse in der frühen Phase der Kinderläden vorausgegangen, die vor einer politischen Instrumentalisierung warnte.

In der sehr marginalen erziehungswissenschaftlichen Forschung zur Kinderladenbewegung wird diese in drei Phasen eingeteilt: eine Abgrenzungs- und Gründungsphase 1967/1968, an die sich eine Phase der proletarischen Erziehung anschloss, in der vor allem Männer die Führung übernommen hätten und schließlich eine Phase des Auslaufens Mitte der 70er Jahre (Jansa 2000: S. 28 f.). Auf das Ende der Kinderladenbewegung verweist dann exemplarisch der Titel von „Was kommt nach den Kinderläden“ von Lutz von Werder aus dem Jahre 1977. Die Re-Lektüre des Textes von Sander gibt uns einen Einblick darin, wie wir uns den Übergang von jener Phase, die von praktischen Herausforderungen ausgegangen ist, zu der so genannten sozialistischen oder proletarischen vorzustellen haben, und durch welche Kontroversen sie begleitet waren. Diese entpuppten sich in der historischen Rekonstruktion auch als Auseinandersetzung zwischen Frauen und Männern. Verhandelt werden dabei außerdem Fragen nach Erziehungszielen: geht es, wie Sander formuliert, um die Weigerung zu „Konkurrenzkampf und Leistungsprinzip“ zu erziehen oder um „die Erziehung zur Revolution“? Eng damit verbunden ist die grundsätzliche Frage nach den Möglichkeiten von Gesellschaftsreform durch Erziehungsreform, die bereits die Revolutionäre im Umfeld von 1848, insbesondere nach dem Scheitern der Revolution, diskutierten. Die meisten aus dem breiten bürgerlichen Unterstützungsumfeld der Kinderläden waren vermutlich an der politischen Erziehung im engeren Sinne nicht besonders interessiert und hielten es eher mit A.S. Neills „Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung“ (Rutschky 2003), ein Buch, von dem von Dezember 1969 bis Mai 1970 275.000 Exemplare verkauft wurden und in dem explizit das Unpolitische dieses reformpädagogischen Ansatzes von Neill unterstrichen wurde.

7. Zwischen Pluralisierung von Familienformen, theoretischer Familienkritik und Engagement in Elterninitiativen

Fragen wir nach dem Verhältnis von Kinderladenbewegung und Familie, so ist auch dieses komplex und widersprüchlich, zumal die Kinderladenbewegung – wie dargestellt – keinesfalls einheitlich ist. Sie bewegt sich im Spannungsverhältnis zwischen ersten Anzeichen der Pluralisierung von Familienformen der späten 60er Jahre, der theoretischen Kritik an der Kleinfamilie sowie einem starken Engagement von Eltern in den Kinderläden.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Familien- und Geschlechterverhältnisse in den 60er Jahren. Wie bereits erwähnt, waren bereits etwa 40 % aller Frauen erwerbstätig. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre stieg die Geburtenrate in der Bundesrepublik enorm an, bei gleichzeitigem Sinken des Heiratsalters. Einen Einbruch erhielt die Geburtenrate dann erst mit dem „Pillenknicke“ im Jahre 1965 (Frevert 2000, 651 ff.). Auf einer Versammlung im Januar 1968, die die Gründung von Kinderläden sowie die Kinderbetreuung auf dem Vietnamkongress vorbereiteten, hatten etwa 50 % aller anwesenden Akademikerinnen Kinder (Berndt 1995). Dies verweist auf die hohe Geburtenrate bei niedrigem Heiratsalter. Zudem stieg ab Mitte der 60er Jahre die Scheidungsrate in der Bundesrepublik (Frevert 2000: 651 f.). Auch dies spiegelt sich in den Kinderläden. In der Frankfurter Kinderschule von Monika Seifert hatten von 14 Kindern, die alle aus dem akademischen Mittelstand kamen, fünf oder sechs nur ein Elternteil. Seifert schreibt:

„das Problem der unvollständigen Familien wird gemeinsam zu lösen versucht, indem diese Kinder und der allein stehende Elternteil mit anderen Familien intensiven Kontakt haben, auch innerhalb von schon bestehenden oder geplanten Wohngemeinschaften“ (Seifert 1970).

Die Kinderläden sind zugleich Ausdruck von sowie Versuche der Reaktion auf die Pluralisierung von Familienformen und „erster Risse“ im traditionellen Geschlechterverhältnis – wie Ute Frevert sie für die 60er Jahre festgestellt hat (Frevert 2000: 652). Die Kinderladenbewegung verweist auch darauf, dass das „goldene Zeitalter der Normalfamilie“ seinen Zenit überschritten hatte: die Aktivistinnen des SDS waren nicht mehr gewillt, dem traditionellen Modell zu folgen, zu Hause allein für die Erziehung der Kinder im Vorschulalter zuständig zu sein, und mit den Wohngemeinschaften wurde eine Lebensform entwickelt, in der die Verantwortung für die Kinder auf mehrere Personen verteilt werden konnte. Sie bot sich insbesondere auch für allein Erziehende an.

Die Kinderläden hängen eng mit der Gründung von Kommunen und Wohngemeinschaften zusammen. Mit den Wohngemeinschaften und Kommunen war man auf der Suche nach Lebens- und Erziehungsformen, die sich als Alternative zur bürgerlichen Kleinfamilie verstanden, manchmal aber auch einfach aus der „Not“ geboren waren, wie Helke Sander in ihrem Film „Der subjektive Faktor“ (1981) über die Gründung einer der ersten Wohngemeinschaften in Berlin berichtet. Ausgangspunkt der Gründung war eine allein erziehende berufstätige Frau mit Kind, die keine Wohnung bekam.

Theoretisch standen bei der Suche nach alternativen Lebens- und Erziehungsformen die Diskussionen um den Nationalsozialismus und Faschismus und dessen Fundierung im so genannten „autoritären Charakter“ Pate. Diese Diskussion geht auf die Rezeption der Kritischen Theorie sowie der „Studies in Prejudice“ aus den Jahren 1949/50 des Frankfurter Institutes für Sozialforschung und insbesondere auf die „Studien zum autoritären Charakter“ (1950) von Adorno zurück. Diese Untersuchung befasste sich mit dem „potentiell faschistischen Indivi-

duum“ (Adorno 1973: 1). Es war Rudi Dutschke, der die Diskussion um Autorität und Antiautorität in die deutsche Diskussion einbrachte (Gilcher-Holtey 1998: 174; 181). Er stellte – vor dem Hintergrund der Rezeption der Kritischen Theorie – einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Faschismus, autoritärer Persönlichkeit und Erziehung her (Dutschke 1968: 68). Die Auseinandersetzung um Autorität und Antiautorität war ein wesentliches Moment der deutschen Diskussion und unterschied sie von den Themen der 68er-Bewegungen in anderen Ländern.

Die Selbstbeschreibung der diversen frühen Berliner Kinderladeninitiativen aus den Jahren 1968/69 erfolgte bald nach den ersten Gründungen unter dem Stichwort der „antiautoritären Erziehung“. Diese definierte sich zunächst in der Abgrenzung zur „üblichen autoritären Erziehung“ (Berliner Kinderläden 1970: 15). Man berief sich dabei auf die Entdeckung der Bedeutung der frühkindlichen Phase in der Sozialisation, auf die Psychoanalyse, auf kulturvergleichende Untersuchungen zu Großfamilien im Vergleich zur bürgerlichen Kernfamilie - etwa in Vietnam oder China - und auf die Studien zum autoritären Charakter. Der Fokus der Kritik richtete sich auf die bürgerliche Kleinfamilie, die unmittelbar mit dem „autoritären Charakter“ in Verbindung gebracht wird. „Vor allem aber bildet die Erziehung in der Kleinfamilie eine autoritäre Charakterstruktur heran und ist deshalb für den bei uns vorherrschenden Typ des im Grunde demokratiefeindlichen Untertanen verantwortlich. Wie sehr autoritäre Charakterstrukturen faschistische Entwicklungen begünstigen, hat Adorno u.a. in den Untersuchungen über die autoritäre Persönlichkeit nachgewiesen“ (Berliner Kinderläden 1970: 15). Auch Erich Fromms „Studien über Autorität und Familie“ wurde mit dem Satz zitiert, die Familie sei die „psychologische Agentur“ der Gesellschaft, die die individuellen Neurosen produziere (Berndt 1969: 136).

Vor dem Hintergrund der Annahme, dass autoritäre Charakterstrukturen zur Unterstützung von Faschismus und Demokratiefeindlichkeit beitragen, stand die Sozialisation in der Kernfamilie im Fokus der Kritik. Familienformen in anderen Kulturen sowie die Sozialisation im Kollektiv als alternativer Familienverband erfuhren besondere Aufmerksamkeit und wurden etwa im Kursbuch Frau-Familie-Gesellschaft von 1969 intensiv diskutiert (Enzensberger 1969). Nehmen wir das Kursbuch 17 als exemplarisch für die Debatte um die Familie im Umfeld der Studentenbewegung, der Kinderladenbewegung und der Neuen Linken, dann präsentiert sich folgendes Bild: Einerseits finden wir in einem Beitrag eine differenzierte Bezugnahme auf die zeitgenössische Sozialisationsforschung, etwa auf Basil Bersteins Forschungen zu Sprachbarrieren oder auch auf zeitgenössische psychoanalytische Literatur (Berndt 1969). Andererseits setzten sich die Autoren mit Familienstrukturen in anderen Gesellschaften auseinander, etwa in China (Masi 1969), mit dem Tenor, dass die Familie grundsätzlich konservative Elemente in sich berge und ihre Abschaffung eine ferne kommunistische Utopie sei. Drittens findet sich eine auffällige Idealisierung der Familie in anderen historischen Zeiten (Bookhagen et al 1969). Viertens lässt sich eine starke Anknüpfung an Wilhelm Reichs Familienkritik nachzeichnen. Fragen wir nämlich danach, warum die kollektive Erziehung als alternative Sozialisationsform zur Kleinfamilie in der Sicht ihrer Vertreter die Chance bot, *keine* autoritären Strukturen zu generieren, werden wir auf Wilhelm Reich verwiesen, der in den Quellen sehr präsent ist. Bei Wilhelm Reich nämlich findet sich – anders als bei Freud – die Begründung, warum eine kollektive Erziehung eine Alternative zur Kleinfamilie darstellt. Die Argumentation Reichs bietet tatsächlich einen Ausweg aus dem kleinfamilialen Drama. Die inzestuöse Hassbindung zwischen Eltern und Kindern müsse ausgeschaltet werden. Dies könne nur passieren, wenn die Kinder ungefähr vor dem vierten Lebensjahr an „in kollektive Erziehung kommen, ehe sie die seelisch vernichtenden Bindungen an die Eltern auszubilden in der Lage sind“ (Reich 1966: 316), lesen wir unter Berufung auf Reich in dem Text über Kindererziehung in der Kommune (Bookhagen 1969: 149). In der Familie könne die ödipale Liebe-Hass-Konstellation nicht wirklich ausgelebt werden. „Da das Kollektiv einer Kindergemeinschaft fehle, in der sich die sexuellen Triebe auf Gleichaltrige richten könnten, müssen diese Strebungen weitgehend verdrängt werden“, wird in den „Thesen zur antiautoritären Erziehung“ gleichfalls unter Zitation von Reich (Dermitzel 1969: 186) erklärt. Diese Sicht – unter Berufung auf Reichs Schrift „Die sexuelle Revolution“ – berührt das vierte auffällige Moment im genannten Kursbuch sowie in zahlreichen anderen Quellen, nämlich eine Politisierung von Sexualität, die diese gleichermaßen zum Schlüssel individueller psychischer Gesundheit wie zum Schlüssel für das Funktionieren von Gesellschaften und ihren politischen Systemen verklärt. Die Suche nach der Wahrheit in der Sexualität, die M. Foucault zum Charakteristikum der Moderne erklärt hat, hat im Umfeld von 1968 einen ihrer Höhepunkte erfahren, indem die Sexualität zur entscheidenden Ausdrucksform des politischen Bewusstseins erhoben wird (Foucault 1983).

In der starken Bezugnahme auf Literatur aus der Weimarer Republik, für die Wilhelm Reich exemplarisch steht, scheint ein Dilemma der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zu liegen. Hatte sich die Struktur des Bildungssystems stark an die Weimarer Republik angeknüpft, so haben sich seine Kritiker im Umfeld der 68er Bewegung gleichfalls stark an pädagogischen Texten aus der Weimarer Zeit und der sozialistischen Tradition orientiert.

Neben jener theoretischen Diskussion um die Sozialisationsinstanz der bürgerlichen Kleinfamilie, um ihre Alternativen und um die Vorteile der Erziehung in der Kommune wie im Kollektiv zeichneten sich die Kinderläden durch engagierte Eltern aus, die viel Zeit in die Kinderladenarbeit investieren. Als Selbsthilfeorganisationen unter starker Beteiligung der Eltern bewegen sie sich in einem intermediären Bereich zwischen Familie und öffentlicher Einrichtung. Diese Intermediarität hat eine Reihe pädagogischer Probleme mit sich gebracht, etwa die Frage, was die Präsenz der Eltern in den Kinderläden jeweils für die eigenen Kinder bedeutet. Außerdem ist

die intensive Elternbeteiligung auch ein Grund für das Auslaufen der Kinderladenbewegung Mitte der 70er Jahre.

Die Debatte um die Familie, so lässt sich noch einmal resümieren, bewegte sich im Spannungsfeld von neuen Familien- und Lebensformen, Thematisierung des familialen Alltags, vehementer Kritik an der bürgerlichen Kleinfamilie und elterlichem Engagement. In der kleinfamilialen Sozialisation wurde ein entscheidender Schlüssel für die Erklärung des Faschismus gesehen. Sie könne nicht zu „Selbstbewusstsein, Kritikfähigkeit, Kreativität und solidarischem Verhalten“ erziehen (Bott 1969). Als Alternative wurden die Großfamilie, das Kollektiv oder die Kommune mit weit reichenden Hoffnungen versehen, die auch starke Sehnsüchte nach vormodernen Lebensformen offenbaren.

8. Fazit

Der Beitrag hat nach der öffentlichen Kinderbetreuung im Fokus des Politischen von der Kindergartenbewegung im Kontext von 1848 bis Kinderladenbewegung von 1968 gefragt. Parallelen und Kontinuitäten zwischen 1848 und 1968 gibt es mehrfache. Eine Gemeinsamkeit bildet zunächst die Kritik an der vorherrschenden Kinderbetreuung, dazu gehört insbesondere auch die Kritik an den Kirchen. In beiden Fällen handelt es sich um Selbsthilfeeinitiativen von bürgerlichen Eltern unter hoher Beteiligung von Frauen. Eine Parallele stellen auch die mit den Kindergärten und Kinderläden verbundenen Anfragen an das Konzept der bürgerlichen Familie einschließlich der dazugehörigen Verteilung der Geschlechterrollen auf die Sphären von Öffentlichkeit und Privatheit dar. Die erste Frauenbewegung hat eine ihrer Wurzeln im Umfeld der Kindergärten und der Fröbelvereine, die zweite hat ihre Wurzeln unter anderem in der Kinderladenbewegung. Und schließlich gibt es Kontinuitäten in den Debatten um Gesellschaftsreform durch Erziehungsreform und um die Erziehung des „neuen Menschen“. Dabei ist eine weitere erstaunliche Gemeinsamkeit, dass Fragen der Kinderbetreuung für Männer in dem Moment interessant werden, indem pädagogische Fragen mit politischen verbunden waren. Die Barrikadenkämpfer von 1848 engagierten sich in den Kindergärten und die Männer in der Studentenbewegung versuchten die Kinderladenbewegung zu politisieren. In den Kinderläden gab es einen erstaunlich hohen Männeranteil von 17 %. Und schließlich geht in der vorherrschenden Historiographie beider Bewegungen – sowohl in der Geschichtsschreibung der Revolutionen von 1848 als auch in der Historiographie von 1968 – dieser Zusammenhang von politischer Bewegung und Pädagogik verloren. Eine stark an der Politikgeschichte orientierte Forschung zu 1968 hat die Kinderläden und die pädagogischen Dimensionen der Bewegung in Deutschland lange übersehen. Dies hat vermutlich auch damit zu tun, dass die Hoffnungen, die mit einer Gesellschaftsreform durch Erziehungsreform verbunden waren, aus der historischen Distanz oft nicht mehr nachvollziehbar sind.

Zu den aufgezeigten Parallelen und Kontinuitäten gehört auch die Reserviertheit gegenüber einer institutionalisierten Kleinkinderbetreuung in Deutschland. Diese war vor allem Ausdruck des Bestrebens, die Geschlechterordnung der bürgerlichen Familien aufrecht zu erhalten. Die Konstruktion der bürgerlichen Familie mit ihrer polaren Geschlechterordnung und der Aufteilung auf die Sphären von Privatheit und Öffentlichkeit mit unterschiedlich verteilten Rechten hat Jürgen Kocka als „konstitutiven Ungleichheitssockel der bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet (Kocka: 9). Dieser wird offensichtlich durch die politische Reserviertheit gegenüber einer öffentlichen Kleinkinderbetreuung für bürgerliche Familien verteidigt. Die spezifische Sicht auf einen Schonraum Kindheit und die Skepsis gegenüber einer öffentlich verantworteten Kleinkinderbetreuung in Deutschland und in der alten Bundesrepublik erweisen sich damit nicht ausschließlich als Ergebnis einer romantischen Sicht auf das Kind (Baader 1998; 2005; 2007), auch nicht als alleiniges Resultat reformpädagogischer Intentionen, wie Franz Emmanuel Weinert vermutete (Elschenbroich 2002), sondern wesentlich als Effekt von Geschlechterpolitik und als Bestreben, insbesondere die bürgerliche Frau auf die Familienrolle festzulegen und sie vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Das bürgerliche, stark romantisch geprägte Kindheitsbild war funktional für die Geschlechterpolitik – was auch seine Beharrungskraft erklärt – und eng mit dieser Politik verknüpft. Diese spezifische Konstellation funktionierte relativ unhinterfragt noch in der Bundesrepublik der 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Bürgerliche Frauen – so der mainstream – gaben ihre Kinder nicht in eine Einrichtung der öffentlichen Kinderbetreuung. Argumentativ wurde dabei auch der Verweis auf den staatlichen Zugriff auf Kindheit im Nationalsozialismus bemüht.

Die 60er Jahre hingegen brachten eine Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit und – ab Mitte der 60er Jahre – auch verstärkte Scheidungsraten mit sich. Damit erhielt das traditionelle Modell geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung der bürgerlichen Familie „erste Risse“ (Frevert 2000). Die Frauen des Aktionsrates und andere, die 1968 die Kinderladenbewegung initiierten, verbanden die öffentliche und kollektive Betreuung in den Kinderläden mit der Hoffnung auf ihre eigene Emanzipation – und – jedenfalls im Falle der Rede von Helke Sander – auch mit einer Hoffnung auf Veränderung der männlichen Geschlechterstereotypen und Rollen. Die Formulierung „das Private ist politisch“ umfasst mehrere Dimensionen: sie wollte die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie aufbrechen, insbesondere die alleinige Zuständigkeit von Frauen für die Erziehung der Vorschulkinder, sie sah aber auch in veränderten Erziehungskonzepten, in einer Erziehung zu Kritikfähigkeit und Widerstandskraft, eine Dimension des Politischen. Hierin liegt eine verblüffende Nähe zu den Hoffnungen

der Demokraten und Revolutionäre von 1848. Ähnlich wie bei der Entdeckung der Erziehungsfrage im Kontext von 1848 ist damit zugleich das Problem aufgeworfen, was zum Politischen gehört. Die sozialistischen Genossen, die Sander in ihrer Rede angriff, wiesen ihre Definition, dass auch das vermeintlich Private eine politische Dimension habe, zurück und erklärten dies zum „Nebenwiderspruch“. Für sie war erst die „Erziehung zum Sozialismus“ politisch.

Einen Nachhall der kritischen Perspektive auf die öffentliche Kinderbetreuung und damit einhergehende Veränderungen in der Rolle der Mütter gab es auch noch in der Kritik des Bischofs Mixa im Jahr 2007 an der Einführung einer Betreuung für Kinder unter drei.

Im Vordergrund der öffentlichen Debatten über Kinderbetreuung stehen selten pädagogische Argumente, sondern Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche sowie um Einwanderungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Geschlechterpolitik, die häufig unter dem Schlagwort „Familie“ verhandelt werden.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Aden-Grossmann, Wilma (2002): Kindergarten. Eine Einführung in seine Entwicklung und Pädagogik. Weinheim: Beltz
- Allen, Ann Taylor (1989): Kommt, laßt uns unsern Kindern leben. Kindergartenbewegung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, 1840-1914. In: Zeitschrift für Pädagogik 35 (1) 1989. 65-84
- Allen, Ann Taylor (1995) American and German Women in the kindergarten movement, 1850-1914. In: Geitz / Heideking / Herbst (Hrsg.) (1995): German influences on education in the United States to 1917. Washington DC and Cambridge (1995): University Press. 85-102
- Allen, Ann Taylor (2000): Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland. Weinheim: Beltz
- Baader, Meike Sophia (1996): Die romantische Idee des Kindes und der Kindheit. Auf der Suche nach der verlorenen Unschuld. Neuwied / Berlin: Luchterhand
- Baader, Meike Sophia (1998): „Alle wahren Demokraten tun es.“ Die Fröbelschen Kindergärten und der Zusammenhang von Erziehung, Revolution und Religion. In: Jansen / Mergel (Hrsg.) (1998): Die Revolutionen von 1848/49. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 206-225
- Baader, Meike Sophia (2004): Der romantische Kindheitsmythos und seine Kontinuitäten in der Pädagogik und in der Kindheitsforschung. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 3/2004. 416-431
- Baader, Meike Sophia (2004a): Fröbel and The Rise of Educational Theory in the United States. In: Studies in Philosophy and Education. Vol. 23, 5-6/2004a. 427-444
- Baader, Meike Sophia (2007): Home Education versus Making Citizens. In: Dollinger / Müller / Schröer (Hrsg.) (2007): Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers. Entwürfe zur Konstitution der modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag. 229-243
- Baader, Meike Sophia (2007a): Erziehung „gegen Konkurrenzkampf und Leistungsprinzip“ als gesellschaftsverändernde Praxis. 68 und die Pädagogik in kultur-, modernitäts-, und professionsgeschichtlicher Perspektive 1965-1975. In: Zeitschrift für pädagogische Historiographie 2/2007a. 23-29
- Baader, Meike Sophia (2007b): Von der romantischen Anthropologie des Kindes zu einer modernen pädagogischen Anthropologie und einer zeitgemäßen Sicht des Kindes. In: Andresen / Pinhard / Weyers (Hrsg.) (2007): Erziehung-Ethik-Erinnerung. Weinheim: Beltz. 79-89
- Baader, Meike Sophia (2008 i. Druck): 68 und die Pädagogik. In: Schaffrik / Wienges (Hrsg.) (2008 i. Druck): 68er-Spätlese – Was bleibt von 1968? Münster: Lit-Verlag.
- Benfey, Rudolf (1850): Rudolf Benfey an den Buchhändler Stargardt, 23.11. 1850. Geheimes Staatsarchiv Berlin HA Rep. 77 Tit. 421, Nr. 28, S. 14
- Berliner Kinderläden (1970). Antiautoritäre Kinderläden und sozialistischer Kampf. Köln: Kiepenheuer und Witsch
- Berndt, Heide (1969): Kommune und Familie. In: Enzensberger (Hrsg.) (1969): Kursbuch 17/1969: Frau-Familie-Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 129-146
- Berndt, Heide (1995): Zu den politischen Motiven bei der Gründung erster antiautoritärer Kinderläden. In: Jahrbuch für Pädagogik 1995. 231-250
- Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates (1970). Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart: Klett
- Bookhagen et. al (1969): Kindererziehung in der Kommune. In: Enzensberger (Hrsg.) (1969): Kursbuch 17/1969: Frau-Familie-Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 147-178
- Bott, Gerhard (1969): Erziehung zum Ungehorsam. Bericht über antiautoritäre Kindergärten. Norddeutscher Rundfunk. 1. Dezember 1969
- Breiteneicher, Hille Jan et al. (Hrsg.) (1971): Kinderläden. Revolution der Erziehung oder Erziehung zur Revolution. Reinbek: Rowohlt
- Bude, Heinz (2001): Achtundsechzig. In: Francois / Hagen (Hrsg.) (2001): Deutsche Erinnerungsorte II. München: Beck. 122-136

- Claßen, Johannes (1971): Bibliographie zur antiautoritären Erziehung. Heidelberg: Quelle & Meyer
- Dermitzel, Regine (1969): Thesen zur antiautoritären Erziehung. In: Enzensberger (Hrsg.) (1969): Kursbuch 17/1969: Frau-Familie-Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 179-187
- Dölling, Irene (1991): Der Mensch und sein Weib. Berlin: Dietz
- Dutschke, Rudi (1968): Vom Antisemitismus zum Antikommunismus. In: Bergmann / Dutschke / Lefèbre / Rabehl (Hrsg.) (1968): Die Rebellion der Studenten oder die Neue Opposition. Reinbek: Rowohlt. 58-84
- Enzensberger, Hans Magnus (Hrsg.) (1969): Kursbuch 17/1969: Frau-Familie-Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Enzensberger, Ulrich (2004): Die Jahre der Kommune I. Berlin 1967-1969. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Foucault, Michel (1995): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt/M: Suhrkamp 1983
- Fröbel, Friedrich (1888): The Education of Man. Translated and annotated by W. N. Hailmann. New York: D. Appleton and Company
- Fröbel, Friedrich (1982): Die Menschenerziehung. In: Ausgewählte Schriften, hrsg. von Elisabeth Hoffmann. Bd. II. Stuttgart: Cotta
- Frevert, Ute (2000): Umbruch der Geschlechterverhältnisse? In: Schildt / Siegfried / Lammers (Hrsg.) (2000): Dynamische Zeiten. Hamburg: Christians. 642-660
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1998): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2001): Die 68er Bewegung. München: Beck
- Georgine, o.N. (1979): Reform der Familie. Frauen-Zeitung vom 4. und 18. August 1849. In: „Dem Reich der Freiheit werb´ ich Bürgerinnen“. Die Frauen-Zeitung von Louise Otto, hrsg. von Ute Gerhard u.a.. Frankfurt/M.: Syndikat. 127-133
- Heiland, Helmut (1982): Fröbel. Reinbek: Rowohlt
- Hentig, Hartmut von (2006): Bewährung: von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein. München: Hanser
- Herzog, Dagmar (2005): Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. München: Siedler
- Herzog, Dagmar (2006): „Sexy Sixties“. Die sexuelle Liberalisierung der Bundesrepublik zwischen Säkularisierung und Vergangenheitsbewältigung. In: Siegfried / von Holdenberg (Hrsg.) (2006a): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 79-112
- Hilscher, Theodor (1850): Theodor Hilscher an den Lehrer Dregger, 8.6.1850 und 23.11.1850, Geheimes Staatsarchiv Berlin HA Rep. 77 Titel 421, Nr. 28, S. 17ff.
- Jansa, Axel (2000): Die Pädagogik der Studentenbewegung in ihrer Auswirkung auf das Generationenverhältnis und den gesellschaftlichen Umgang mit Kindern. In: Jahrbuch für Pädagogik 1999 (2000): Das Jahrhundert des Kindes. Frankfurt/M.: Lang. 28/29
- Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Küst(n)er, Johanna (1979): Kindergärten in ihrer sozialen Bedeutung. Frauen-Zeitung vom 4. und 11. August 1849. In: „Dem Reich der Freiheit werb´ ich Bürgerinnen“. Die Frauen-Zeitung von Louise Otto, hrsg. von Ute Gerhard u.a.. Frankfurt/M.: Syndikat. 123-127 (die Autorin wird sowohl als J. Küstner als auch als Küster bezeichnet)
- Kraushaar, Wolfgang (2000): 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg: Hamburger Ed.
- Masi, Eduarda (1969): Die Familie im alten und im neuen China. In: Enzensberger (Hrsg.) (1969): Kursbuch 17/1969: Frau-Familie-Gesellschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 98-128
- Negt, Oskar (2001): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen: Steidl
- Neill, Alexander S. (1969): Theorie und Praxis der anti-autoritären Erziehung. Das Beispiel Summerhill. Reinbek: Rowohlt
- Paletschek, Sylvia (1990): Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841-1852. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Passerini, Luisa (2004): Autobiography of a generation. Italy 1968. Middletown: Wesleyan University Press
- Raumer, von (1857): Geschichte der Pädagogik vom Wiederaufblühen klassischer Studien bis auf unsere Zeit. 2 Bd. (dritte erweiterte Auflage): Stuttgart: Samuel Liesching
- Ruge, Arnold (1849): Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat und der social-demokratische Freistaat. Leipzig (Mikrofiche München 1994: Saur)
- Rang, Britta (2007): „1968“ – weder eine pädagogische Zäsur noch ein pädagogischer Mythos. Ein Kommentar zu Meike Sophia Baaders „Erziehung gegen Konkurrenzkampf und Leistungsprinzip“. In: Zeitschrift für pädagogische Historiographie 2/2007. 30-33
- Rutschky, Katharina (2003): Alexander S. Neill: Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung – Das Beispiel Summerhill. In: Horn / Ritz (Hrsg.) (2003): Klassiker und Außenseiter. Pädagogische Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. 171-184
- Sander, Helke (1981): Der subjektive Faktor. Ein Film von H. Sander. Berlin: Basis Film Verleih GmbH
- Sander, Helke (2004): Rede des „Aktionsrates zur Befreiung der Frau“ bei der 23. Delegiertenkonferenz des

- „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) im September 1968 in Frankfurt. In: Sievers (Hrsg.) (2004): 1968 – Eine Enzyklopädie. Frankfurt am Main 2004: Suhrkamp. 372-378
- Seifert, Monika (1970): Kinderschule Frankfurt, Eschersheimer Landstraße. In: Vorgänge. Eine kulturpolitische Korrespondenz, H. 5/1970. 158-162
- Schildt, Axel / Siegfried, Detlef / Lammers, Karl Christian (Hrsg.) (2000): Dynamische Zeiten – die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Christians
- Siegfried, Detlef (2006): Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen: Wallstein
- Siegfried, Detlef / Holdenberg, Christiane von (Hrsg.) (2006a): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Sievers, Rudolf (2004): 1968: Eine Enzyklopädie. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Storch, Ludwig (1850): Brief vom 18.5.1850 aus Gotha. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam Rep.30, Berlin C 9817. 1
- Tenorth, Heinz-Elmar (1994): Reformpädagogik. Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen. In: Zeitschrift für Pädagogik. 40. Jg., Heft 4/ 1994. 585-606
- von Werder, Lutz (1977): Was kommt nach den Kinderläden. Berlin: Wagenbach